

## Bericht der Herbstsession 2024

### Sehr geehrte Damen und Herren

Mit der Herbstsession geht eine wichtige Episode für den Schweizer BFI-Bereich zu Ende: Die Eidgenössischen Räte haben die Beratung der BFI-Botschaft für die Jahre 2025-2028 abgeschlossen. Bildung, Forschung und Innovation werden in der nächsten Förderperiode über 29,2 Milliarden Franken erhalten. Das Parlament hat in diesem Rahmen auch beschlossen, die Studiengebühren an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Lausanne und Zürich für Studierende aus dem Ausland mindestens zu verdreifachen. Beide Räte haben sich zudem für Massnahmen ausgesprochen, um die Anzahl der an Schweizer Universitäten ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte zu erhöhen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, [petra.studer@netzwerk-future.ch](mailto:petra.studer@netzwerk-future.ch)

---

### ENTSCHEIDE UND NEUIGKEITEN IM PARLAMENT

---

### BFI-Botschaft 2025-2028 unter Dach und Fach

In der Herbstsession 2024 hat das Parlament die «Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028» (BFI-Botschaft 2025-2028) (24.031) unter Dach und Fach gebracht. Der Bundesrat plante, für die vierjährige Periode einen Zahlungsrahmen von rund 29,2 Milliarden Franken für den BFI-Bereich bereitzustellen. Dies entspricht einem Anstieg von 1,3 Milliarden Franken im Vergleich zum Zeitraum von 2021 bis 2024. Die eidgenössischen Räte haben den Zahlungsrahmen für den ETH-Bereich um 50 Millionen Franken erhöht. Zudem haben sie eine Aufstockung von 13,4 Millionen Franken für die Finanzierung der Institutionen der Forschungsförderung genehmigt, welche dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und den Akademien der Wissenschaften Schweiz zugutekommt. Weitere vom Parlament beschlossene Aufstockungen wurden innerhalb der BFI-Botschaft kompensiert.

### Kürzung im ETH-Bereich um die Hälfte reduziert

Die angespannte Finanzlage des Bundes hat die Behandlung der BFI-Botschaft im Parlament erheblich beeinflusst. Um den erwarteten Defiziten im Bundeshaushalt in den kommenden Jahren entgegenzuwirken, beschloss der Bundesrat Anfang 2024 eine Kürzung um 1,4 Prozent bei allen schwach gebundenen Ausgaben, zu denen auch der BFI-Bereich zählt. Zusätzlich wollte der Bundesrat bei der Finanzierung des ETH-Bereichs im Jahr 2025 eine weitere Kürzung um 100 Millionen Franken vornehmen. Der gesamte Zahlungsrahmen für die BFI-Botschaft 2025-2028 reduzierte sich damit um 500 Millionen Franken.

Bereits in der Sommersession 2024 wies der Nationalrat die zusätzliche Kürzung des Finanzierungsbeitrags an den ETH-Bereich um 100 Millionen Franken zurück. Der Ständerat unterstützte zunächst die Vorlage des Bundesrates, doch zum Ende der Herbstsession fanden die Räte einen Kompromiss: Sie erhöhten den Zahlungsrahmen für den ETH-Bereich um 50 Millionen Franken.

### **Die kantonalen Hochschulen erhalten mehr Autonomie**

Das Parlament hat im Weiteren Korrekturen vorgenommen, um den kantonalen Universitäten und Fachhochschulen angesichts des vom Bundesrat beschlossenen Finanzierungsrückgangs mehr Autonomie zu verleihen. So haben beide Kammern in der Differenzvereinbarung einer Aufstockung der Grundbeiträge um 32,4 Millionen Franken für die kantonalen Universitäten sowie um 23,5 Millionen Franken für die Fachhochschulen zugestimmt. Der Gesamtbetrag von 55,9 Millionen Franken wurde vollumfänglich bei den Verpflichtungskrediten für Forschungsinfrastrukturen kompensiert. So sollen die kantonalen Hochschulen in der kommenden BFI-Periode ihre Aufgaben trotz anhaltendem Studierendenwachstum ohne Qualitätseinbussen erfüllen können.

Auch bei der Berufsbildung haben beide Räte einer kostenneutralen Verschiebung der Finanzmittel zugestimmt. Das 2019 von Bund und Kantonen lancierte berufliche Abklärungs- und Beratungsangebot «Viamia» für Personen über 40 Jahren wird vom Bund nur noch bis Ende 2025 finanziell unterstützt; danach obliegt die Verantwortung vollumfänglich den Kantonen. Die Grundfinanzierung der Berufsbildung wurde vom Parlament hingegen um 23,4 Millionen Franken aufgestockt.

Eine letzte Verschiebung von Finanzmitteln betrifft die Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung: Für diese haben beide Räte eine Aufstockung um 4,5 Millionen Franken beschlossen; dieser Betrag wurde im Verpflichtungskredit für die Initiative «Swissnex» gekürzt.

### **Bereinigung der zwei letzten Differenzen**

In der dritten Sessionswoche blieben zwei Differenzen zwischen National- und Ständerat übrig. Die eine betraf die Institutionen der Forschungsförderung, die andere den Bereich der Weiterbildung. Der Nationalrat hatte ursprünglich eine Aufstockung der Mittel für die Institutionen der Forschungsförderung um 22,3 Millionen Franken gefordert, während der Ständerat von einer Erhöhung absehen wollte. Letztendlich wurde im Rahmen der Einigungskonferenz ein Kompromissantrag genehmigt, der dem

SNF und den Akademien der Wissenschaften insgesamt 13,4 Millionen Franken mehr zuschreibt als vom Bundesrat vorgeschlagen. Diese zusätzlichen Mittel ermöglichen es dem SNF und den Akademien, einen Finanzierungsrückgang zu Beginn der Förderperiode zu vermeiden.

Bei der zweiten Differenz, die den Zahlungsrahmen für die Weiterbildung betraf, hat das Parlament jedoch keinen Kompromiss gefunden. Die grosse Kammer hatte sich für eine Aufstockung der Finanzmittel um 1,5 Millionen Franken eingesetzt, während die kleine Kammer auch in diesem Fall auf eine Erhöhung des Zahlungsrahmens verzichten wollte. Der Weiterbildung steht in den Jahren 2025 bis 2028 ein unveränderten Zahlungsrahmen von 75,7 Millionen Franken zur Verfügung.

Mit diesen gezielten Korrekturen hat das Parlament den Herausforderungen Rechnung getragen, denen sich der BFI-Bereich in den nächsten vier Jahren stellen muss. Die eidgenössischen Räte haben den Institutionen der Forschungsförderung für die nächste Förderperiode mehr Planungssicherheit gewährt. Der ETH-Bereich, die kantonalen Hochschulen und die Organisationen der Berufsbildung sollen in der Lage sein, die Qualität ihrer Leistungen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die steigende Zahl der Studierenden und Auszubildenden zu bewältigen.



**Protokoll des Ständerates vom 12. September 2024**



**Protokoll des Nationalrates vom 26. September 2024**

---

## **Studiengebühren sollen für ausländische Studierende an den beiden ETH mindestens verdreifacht werden**

Die Eidgenössischen Räte haben beschlossen, dass die Studiengebühren für ausländische Studierende an den beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich (ETH Zürich) und Lausanne (ETH Lausanne) mindestens verdreifacht werden müssen. Sie haben im Rahmen der Beratung der BFI-Botschaft 2025-2028 (**24.031**) eine entsprechende Änderung des Gesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz) verabschiedet. Der Ständerat schloss sich in der Herbstsession dem Beschluss des Nationalrates an, der diese Gesetzesänderung in der Sommersession deutlich angenommen hatte. Mitte Juli 2024 hat sich auch der ETH-Rat angesichts des Entscheids des Nationalrats für eine Verdreifachung der Gebühren für ausländische Studierende ausgesprochen. Diese Gebührenerhöhung soll in den kommenden Jahren zusätzliche Finanzmittel für die beiden ETH generieren. Die neuen Tarife sollen bereits im Herbst 2025 eingeführt werden. Der abschliessende Entscheid des ETH-Rates ist noch im laufenden Jahr zu erwarten.

**Protokoll des Ständerates vom 12. September 2024**



---

## Das Parlament fordert mehr in der Schweiz ausgebildete Ärztinnen und Ärzte

Das Parlament strebt eine Erhöhung der Anzahl Studienabschlüsse in Humanmedizin an. Beide Kammern einigten sich während der Herbstsession auf zwei entsprechende Massnahmen. Im Rahmen der Beratung der BFI-Botschaft 2025-2028 (**24.031**) haben sich beide Räte zum einen darauf geeinigt, dass von den für die projektgebundenen Beiträge (PgB) an die kantonalen Hochschulen vorgesehenen Mittel ein maximaler Betrag von 25 Millionen Franken für die Erhöhung der Diplomabschlüsse in Humanmedizin, mit einem speziellen Fokus auf die Hausarztmedizin, eingesetzt werden soll. Der vom Ständerat eingebrachte Antrag basiert auf den Erfahrungen mit dem Sonderprogramm Humanmedizin, mit dem die Zahl der Studienabschlüsse zwischen 2016 und 2023 von 935 auf 1'284 gesteigert werden konnte, und fordert eine Fortsetzung dieser Anstrengungen. Die Umsetzung dieses Beschlusses obliegt der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK). Diese muss Abwägungen machen, um den Einsatz der Mittel für die Erhöhung der Abschlusszahlen in Humanmedizin nebst der Finanzierung der bereits geplanten Projekte in den Bereichen Digitalisierung, Nachwuchsförderung, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit zu realisieren. Das Parlament hat den Verpflichtungskredit für die PgB im Rahmen der BFI-Botschaft nicht erhöht.

Zudem hat nun auch der Ständerat die Motion «Numerus clausus. Schluss mit dem Ausschluss von Medizinstudierenden aufgrund anderer Kriterien als Kompetenzen und Qualität» (**23.3293**) mit 32 zu 9 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der Nationalrat hatte die Motion in der Frühjahrssession 2024 bereits mit 144 zu 43 Stimmen bei 4 Enthaltungen unterstützt. Der Bundesrat wird somit beauftragt, in Absprache mit den Kantonen Massnahmen zu ergreifen, damit die Zulassung von Studierenden im Bereich der universitären medizinischen Aus- und Weiterbildung hauptsächlich auf der Basis von Kompetenz- und Qualitätskriterien erfolgt. Dazu soll insbesondere in der Grundversorgung und im ambulanten Bereich ein besseres Angebot an Studienplätzen und klinischen Praktika geschaffen werden. Die konkreten Auswirkungen auf den Numerus Clausus sind derzeit noch unklar.



**BFI-Botschaft 2025-2028**

**Protokoll des Ständerates vom 25. September 2024**



**Motion 23.3293**

**Protokoll des Ständerates vom 23. September 2024**

---

## **SWEETER: Räte uneins über die Höhe und Laufzeit der Fördermittel für die Energieforschung**

In der Herbstsession haben sich beide Räte mit der Vorlage «Forschungsförderinstrument SWEETER (Swiss research for the EnERgy Transition and Emissions Reduction) für die Jahre 2025-2036. (24.028)» befasst. Mit diesem Rahmenkredit will der Bundesrat zusätzliche finanzielle Mittel in die Forschung zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und des Übergangs zu einer klimafreundlichen Energieproduktion investieren. Mit 127 zu 64 Stimmen unterstützte der Ständerat zum zweiten Mal den Entwurf des Bundesrates und genehmigte somit für die Jahre 2025 bis 2036 einen Verpflichtungskredit für SWEETER in der Höhe von 106,8 Millionen Franken. Der Nationalrat hingegen forderte mit 31 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung eine Harmonisierung der Laufzeit von SWEETER mit der BFI-Botschaft 2025-2028 sowie eine proportionelle Anpassung des Kreditbetrags auf 35,6 Millionen Franken. Die kleine und die grosse Kammer konnten diese Differenz während der Herbstsession nicht bereinigen und werden das Geschäft in der Wintersession erneut beraten.

Zur Erinnerung: SWEETER baut auf den guten Ergebnissen des Förderprogramms SWEET (SWiss research for the Energy Transition) auf, das sich auf die angewandte Forschung im Energiebereich konzentriert und für den Zeitraum 2021-2032 mit einem Kredit von 136,4 Millionen Franken unterstützt wird. Die zur Verfügung gestellten Mittel sollen in den Krediten der nächsten Botschaften zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation vollständig kompensiert werden.



**Protokoll des Nationalrates vom 10. September 2024**



**Protokoll des Ständerates vom 24. September 2024**

---

## **Bund erhält bei Bauprojekten des CERN mehr Mitsprache**

Beide Kammern haben in der Herbstsession eine Änderung des Bundesgesetzes über die «Förderung der Forschung und der Innovation (Sachplan und Plangenehmigungsverfahren)» (24.029) einstimmig angenommen. Mit der Gesetzesänderung soll der Bund zukünftig in die Plangenehmigung der Infrastrukturprojekte der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) miteinbezogen sein. Nachdem der Nationalrat die Vorlage bereits in der Sommersession gutgeheissen hatte, nahm der Ständerat die Gesetzesänderung in der Herbstsession mit zwei kleinen Änderungen an. Die beschlossenen Änderungen zielen darauf ab, die Abgrenzung der kantonalen und der eidgenössischen Kompetenzen zu klären. So soll der Bund nur dann Entscheide treffen, wenn bei Infrastrukturprojekten des CERN sowohl eine räumliche Entwicklung als auch eine strategische Bedeutung vorliegt. Bei allen anderen Projekten des CERN, des weltweit grössten Zentrums für

physikalische Grundlagenforschung mit Sitz in Genf, gilt weiterhin kantonales Recht. Dank dem stärkeren Einbezug des Bundes sollen die Projekte des CERN, wie beispielsweise der geplante Teilchenbeschleuniger «Future Circular Collider» (FCC), künftig einfacher und zügiger geplant werden können. Die Gesetzesrevision ist damit abgeschlossen.

➤ **Protokoll des Ständerates vom 12. September 2024**

➤ **Protokoll des Nationalrates vom 17. September 2024**

---

## **AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMETARIERINNEN UND PARLAMETARIER ...**

---

➤ ...im Nationalrat die Revision des «Movetiagesetzes» (**23.072**) mit 124 zu 53 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Mit dieser Entscheidung folgte die grosse Kammer ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) und stimmte der Umwandlung der Agentur für Bildungsmobilität Movetia in eine öffentlich-rechtliche Anstalt zu. Der Ständerat, der in der Frühjahrsession 2024 nicht auf die Vorlage eingetreten war, wird sich erneut mit diesem Geschäft befassen.

➤ ...im Nationalrat die Motion «Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz. Vorbeugen ist besser als Heilen!» (**23.3854**) mit 97 zu 91 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Mit dieser Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, einen Entwurf für Gesetzesbestimmungen vorzulegen, die sicherstellen, dass in der Schweiz ausreichend Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden. Das Geschäft geht an die zuständige Kommission des Ständerates.

➤ ... im Ständerat das Postulat der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur «Aktualisierung der Daten über den Anteil ausländischer Studierender an den Hochschulen» (**24.3808**) stillschweigend angenommen.

➤ ...im Ständerat die Motion «Die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kultur mit Taiwan festigen und vertiefen» (**22.3713**) mit 28 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Motion sollte den Bundesrat damit beauftragen, die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Taiwan in den genannten Bereichen auszubauen, zu vertiefen und zu formalisieren. Die kleine Kammer folgte mit diesem

Entscheidung der Mehrheit ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S). Das Geschäft ist damit erledigt.

- ...im Nationalrat die Motion «Rasch wirksames Entlastungspaket, das auch gebundene Ausgaben miteinschliesst» (24.3395) mit 122 zu 55 Stimmen angenommen. Ziel der Motion ist es, den Bundeshaushalt auch im gebundenen Bereich dauerhaft zu entlasten. Der Ständerat hatte die Motion bereits in der Sommersession 2024 gutgeheissen. Damit fordern die eidgenössischen Räte den Bundesrat auf, eigenständig Verordnungsanpassungen vorzunehmen und dem Parlament eine Vorlage mit gesetzlichen Änderungen zu unterbreiten.

## VOM BUNDESRAT BEANTWORTET

---

- **Antisemitischem Gedankengut an öffentlichen Bildungsstätten der Schweiz den Riegel schieben.**

Interpellation (24.3486) von Fraktion der Schweizerischen Volkspartei.  
Eingereicht am 27. Mai 2024.  
Der Bundesrat hat am 28. August 2024 darauf geantwortet.

- **Politische Diversität und Qualität an Schweizer Universitäten sicherstellen.**

Interpellation (24.3487) von Fraktion der Schweizerischen Volkspartei.  
Eingereicht am 27. Mai 2024.  
Der Bundesrat hat am 28. August 2024 darauf geantwortet.

- **Ist ein Forschungsabkommen mit Taiwan ein Desiderat für Bildung und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Halbleitersektor?**

Interpellation (24.3501) von Nationalrat Andreas Meier (Mitte).  
Eingereicht am 29. Mai 2024.  
Der Bundesrat hat am 21. August 2024 darauf geantwortet.

- **Finanzplanung stabilisieren.**

Interpellation (24.3631) von Ständerat Jakob Stark (SVP).  
Eingereicht am 13. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 21. August 2024 darauf geantwortet.

**➤ Massnahmenpaket zur Übergangsfinanzierung von AHV und Armee mittels befristetem „Sicherheitsprozent“.**

Motion (24.3587) von Ständerat Benedikt Würth (Mitte).

Eingereicht am 12. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 4. September 2024 die Ablehnung der Motion beantragt.

**➤ Klarheit über die EU-Rechtsakte, die von der dynamischen Rechtsübernahme betroffen sind.**

Interpellation (24.3612) von Ständerat Thierry Burkart (FDP).

Eingereicht am 13. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 4. September 2024 darauf geantwortet.

**➤ Berufsbildung stärken.**

Motion (24.3702) von Nationalrat Thomas Burgherr (SVP).

Eingereicht am 13. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 4. September 2024 die Ablehnung der Motion beantragt.

**➤ Neue genomische Techniken (NGT) und Patentierung.**

Interpellation (24.3647) von Nationalrat Kilian Baumann (Grüne).

Eingereicht am 13. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 28. August 2024 darauf geantwortet.

**➤ Angemessene Kenntnisse über Komplementärmedizin in der Ausbildung von Gesundheitsberufen sicherstellen.**

Motion (24.3648) von Nationalrätin Farah Romy (SP).

Eingereicht am 13. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 14. August 2024 die Ablehnung der Motion beantragt.

**➤ Islamfreundliche, linkslastige, antiwestliche und antisemitische Unterwanderung der Schweizer Universitäten.**

## **Wegschauen und gleichzeitig Milliarden öffentlicher Geldern zahlen?**

Interpellation (24.3618) von Nationalrat Lorenzo Quadri (Lega).

Eingereicht am 13. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 28. August 2024 darauf geantwortet.



## **Die Schuldenbremse muss zwingend eingehalten werden. Mechanismen zur Herleitung des Bundesbeitrags an die AHV.**

Postulat (23.3715) von Ständerat Benjamin Mühleemann (FDP)

Eingereicht am 14. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 21. August 2024 die Annahme des Postulats beantragt.



## **Die Schweiz muss so rasch wie möglich am Copernicus-Programm teilnehmen.**

Motion (24.3717) von Nationalrat Fabien Fivaz.

Eingereicht am 14. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 28. August 2024 die Ablehnung der Motion beantragt.



## **Neue Ausgaben müssen gegenfinanziert werden.**

Postulat (24.3704) von FDP-Liberale Fraktion.

Eingereicht am 14. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 4. September 2024 die Annahme des Postulats beantragt.



## **Auf dem Weg zu einem KI-Büro zur Begleitung der derzeitigen grossen digitalen Transformation?**

Interpellation (24.3733) von Nationalrätin Isabelle Chappuis (Mitte).

Eingereicht am 14. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 21. August 2024 darauf geantwortet.



## **Teilnahme an Copernicus weiter verfolgen.**

Interpellation (24.3760) von Nationalrätin Barbara Schaffner (GLP).

Eingereicht am 14. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 21. August 2024 darauf geantwortet.

**➤ Illegale Besetzung mehrerer schweizerischer Universitäten.  
Welche Massnahmen könnte der Bundesrat ergreifen, um die  
Freiheit der Lehre zu gewährleisten?**

Interpellation (24.3775) von Nationalrat Jacques Nicolet (SVP).

Eingereicht am 14. Juni 2024.

Der Bundesrat hat am 28. August 2024 darauf geantwortet.

## **NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE**

---

**➤ Drittstaatenkontingente: Kampf gegen den Fachkräftemangel.**

Interpellation (24.3859) von Nationalrätin Sarah Wyss (SP).

Eingereicht am 12. September 2024.

**➤ Interessenkonflikt beim Freisetzungversuch mit gentechnisch  
verändertem Weizen TE-Genesis.**

Interpellation (24.3916) von Nationalrätin Martina Munz (SP).

Eingereicht am 18. September 2024.

**➤ Förderung der Gendermedizin.**

Interpellation (24.3978) von Nationalrätin Romy Farah (SP).

Eingereicht am 24. September 2024.

**➤ Ist das Kernenergiegesetz genügend innovationsfreundlich?**

Interpellation (24.3981) von Ständerat Peter Hegglin (Mitte).

Eingereicht am 24. September 2024.

**➤ Stand der Auslegeordnung zur Überprüfung der Struktur des  
ETH-Bereichs.**

Interpellation (24.4010) von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter  
(Mitte).

Eingereicht am 25. September 2024.

**➤ Forschung und Innovation als eigenständiger Schwerpunkt im VBS.**

Interpellation (24.3987) von Nationalrätin Maja Riniker (FDP).  
Eingereicht am 25. September 2024.

**➤ Wo steht die Schweiz im Bereich Daten- und KI-Kompetenz?**

Interpellation (24.4091) von Nationalrat Dominik Blunschy (Mitte).  
Eingereicht am 26. September 2024.

**➤ Fortschritte bei der Implementierung quantensicherer Systeme in der Schweiz.**

Interpellation (24.4215) von Nationalrat Niklaus-Samuel Gugger (Mitte).  
Eingereicht am 27. September 2024.

**➤ Vertrauen schaffen in die Fortführung der bilateralen Beziehungen mit der EU.**

Motion (24.3898) von Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP)  
Eingereicht am 18. September 2024.

**➤ Vertrauen schaffen in die Fortführung der bilateralen Beziehungen mit der EU.**

Motion (24.4192) von Ständerat Matthias Michel (FDP)  
Eingereicht am 27. September 2024.

**➤ Den Bereich der Aus- und Weiterbildung explizit im AVIG verankern.**

Parlamentarische Initiative (24.456) von Nationalrat Benjamin Roduit (Mitte).  
Eingereicht am 27. September 2024.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? **abmelden**

## **KONTAKT**

---

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

**info@netzwerk-future.ch**

**www.netzwerk-future.ch**

---

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.  
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)  
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

---

**1. Oktober 2024**

---

---